

# Nina Warken

Mitglied des Deutschen Bundestages

ZUHÖREN.  
ANPACKEN.  
UMSETZEN.



Liebe Leserinnen und Leser,

ein arbeitsreiches und politisch spannendes Jahr 2019 liegt nun fast hinter uns, große Herausforderungen gilt es auch im kommenden Jahr zu meistern. Bitte nutzen Sie auch weiterhin die Möglichkeit, mich zu kontaktieren und mir Ihre Meinung zu politischen Themen mitzuteilen.

Ich freue mich jetzt auf Weihnachten und einige ruhige, besinnliche Tage, die ich gemeinsam mit meiner Familie verbringen werde.

Ihnen wünsche ich ein gesegnetes Weihnachtsfest im Kreise Ihrer Lieben und für das neue Jahr 2020 alles erdenklich Gute, Gottes Segen und beste Gesundheit.

Herzlichst

*Jh*  
Nina Warken

## Nina Warken zur stellvertretenden Vorsitzenden im Untersuchungsausschuss „Pkw-Maut“ gewählt



Am 12. Dezember 2019 fand die konstituierende Sitzung des zweiten Untersuchungsausschusses („Pkw-Maut“) der laufenden 19. Wahlperiode statt. Das Medienecho war entsprechend groß.

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hatte in seinem Urteil vom 18. Juni 2019 die Infrastrukturabgabe („Pkw-Maut“) als europarechtswidrig eingestuft.

Aufklärung und Transparenz sind gefordert und ich werde im Rahmen meiner Möglichkeiten meinen Beitrag dazu leisten. Es wird

darum gehen, ein möglichst vollständiges Bild der Sachlage aufgrund der Fakten für die Öffentlichkeit zu erarbeiten. Diese Aufgabe werden wir im Ausschuss mit aller gebotenen Sorgfalt und Sachlichkeit angehen.

Mit der Arbeitsweise von Untersuchungsausschüssen bin ich bestens vertraut. Der Deutsche Bundestag hatte im Jahr 2014 einen Untersuchungsausschuss zur NSA-Affäre eingesetzt, ab Februar 2015 arbeitete ich als Obfrau der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in diesem Gremium mit.



# Halbzeitbilanz

## So geht CDU: Regieren mit den richtigen Schwerpunkten

Es geht um Deutschland. Das ist der Auftrag der Bundesregierung.  
Und diesem Auftrag fühlt sich die CDU verpflichtet.  
Unser Regierungshandeln setzt die richtigen Schwerpunkte.

### **Wir entlasten die fleißige Mitte unserer Gesellschaft**

- durch Gegensteuern bei der kalten Progression und den Abbau des Soli ab 2021
  - durch höheres Kindergeld und steigende Kinderfreibeträge
  - durch den Ausbau von Kinderbetreuung

### **Wir schaffen bezahlbaren Wohnraum**

- durch das Baukindergeld für Familien
- mit der Unterstützung des sozialen Wohnungsbaus durch den Bund

### **Wir fördern den Mittelstand und die Infrastruktur unseres Landes**

- durch mehr Freiräume für Innovationen und durch Qualifizierung von Fachkräften
- durch Abbau von Bürokratie und Beschleunigen von Planungsprozessen
- durch mehr Digitalisierung zur Entlastung von Unternehmen
  - durch 29 Milliarden Euro für Verkehrsinfrastruktur
  - mit dem Funknetz-Ausbau

### **Wir schützen die Umwelt, das Klima und die Landwirtschaft**

- durch Förderung von klimafreundlichen Heizungen und E-Mobilität, Ausstieg aus Kohleverstromung bis 2038 und maßvolle Verteuerung von CO2 ab 2021
- durch eine Milliarde Euro Förderung für saubere Busse und Müllwagen
- mit über eine Milliarde Euro zur Förderung des ländlichen Raums

### **Wir stehen für einen starken Staat und für innere Sicherheit**

- durch 15.000 zusätzliche Polizisten bei Bund und Ländern
- durch 2.000 neue Stellen für Richter und Staatsanwälte und schnellere Strafverfahren

**Es geht um Deutschland.**

**Als CDU arbeiten wir am Erfolg der Bundesregierung – im Interesse unseres Landes.**

**Es gibt viel zu tun, wir packen an.**



# Für Sie in Berlin immer am Ball!

## Kinderpornographie konsequent bekämpfen

### Auszug aus dem Beschluss des Bundesfachausschusses Innere Sicherheit vom 9. Dezember 2019

Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Entwicklung und Entfaltung ihrer Persönlichkeit, auf gewaltfreie Erziehung und den Schutz vor Gewalt, Vernachlässigung und Ausbeutung. Jedes Kind muss unter dem besonderen Schutz von Staat und Gesellschaft stehen. Für die CDU Deutschlands haben Kindeswohl und -schutz seit jeher oberste Priorität.

Wie Statistiken belegen, nehmen Fälle von sexueller Gewalt und Missbrauch von Kindern sowie die Verbreitung von Kinderpornographie weiter zu, erfolgen dabei weltweit und durchziehen alle Gesellschaftsschichten. Bei diesen Taten tun sich wahre Abgründe unserer Gesellschaft auf. Diese Verbrechen an Schutzbefohlenen sind an Abscheu nicht zu überbieten. Laut der Polizeilichen Kriminalstatistik wurden 2018 136 Kinder in Deutschland gewaltsam getötet. Bei Taten der sexuellen Gewalt wurden 14 606 Kinder als Opfer registriert. Die erfassten Fallzahlen des Besitzes und der Verbreitung kinderpornographischen Materials stiegen im Vergleich zum Jahr 2017 um 14 Prozent auf 7 449 Fälle. Allein im Jahr 2018 erhielt das Bundeskriminalamt rund 70 000 Hinweise auf Verdachtsfälle zu Dateien mit kinderpornographischen Inhalten von der US-amerikanischen Nichtregierungsorganisation National Center for Missing and Exploited Children (NCMEC). Das bedeutet im Vergleich zu 2017 eine Verdopplung der Hinweise auf Kinderpornographie bzw. Missbrauchsabbildungen mit Bezügen nach Deutschland. Diese beinhalten reale Missbrauchshandlungen an Kindern, die zum Zeitpunkt der Verdachtsmeldung ggf. noch weiter andauern. Das bedeutet, dass betroffene Kinder sich in akuten Gefahrensituationen befinden.

Es ist dafür Sorge zu tragen, dass von Missbrauch betroffene Kinder und Jugendliche sowie deren Erziehungsberechtigte niederschwellig Informationen und Hilfestellungen erhalten, um insbesondere Verdachtsfällen frühzeitig nachgehen zu können. Verbrechensserien können so eher unterbunden werden. Wir wollen die Nichtanzeige eines geplanten sexuellen Missbrauchs unter Strafe stellen und plädieren daher für eine Aufnahme dieser Straftaten in den Katalog des § 138 StGB, damit geplante Taten abgewendet werden können.

Wir wollen, dass deutsche Internet Service Provider gesetzlich verpflichtet werden, Verdachtsfälle auf Kinder- und Jugendpornographie an eine zentrale Stelle, z. B. beim Bundeskriminalamt, zu melden (Meldepflicht für Diensteanbieter). Es muss sichergestellt werden, dass Kindergärten, Schulen, Jugendämter und Polizei sich über Auffälligkeiten unmittelbar austauschen. Sie sind im Interesse der Kinder zu einer intensiven Zusammenarbeit zu verpflichten. Neben den wichtigen präventiven Maßnahmen auf allen Ebenen ist es für einen wirksamen Opferschutz unerlässlich, die konsequente Verfolgung pädokrimineller Täter zu intensivieren. Es muss verstärkt Digitaltechnik unter Einbeziehung der Möglichkeiten „künstlicher Intelligenz“ bei der Sichtung und Auswertung großer Datenmengen im Rahmen der Strafverfolgung bei Kindesmissbrauch/Kinderpornographie zum Einsatz kommen.



Gemeinsam mit dem hessischen Innenminister Peter Beuth leitet Nina Warken den BFA Innere Sicherheit der CDU Deutschlands



### „Ich diene Deutschland“

In Berlin traf ich die Bundeswehroffizierin und Buchautorin Nariman Hammouti-Reinke, deren Buch („Ich diene Deutschland. Ein Plädoyer für die Bundeswehr – und warum sie sich ändern muss“) ich gelesen habe. Ich habe mich deshalb sehr über das Treffen mit ihr gefreut. Gesprochen haben wir unter anderem über die Situation von muslimischen Soldaten in der Bundeswehr. Ihre marokkanischen Eltern kamen als Gastarbeiter nach Deutschland und leben nunmehr seit über 50 Jahren in Deutschland. Ihre Aussage: „Ich bin deutsche Soldatin, mehr Integration geht doch gar nicht“. Da hat sie recht!



### Einer der bundesweit besten Azubis: Moritz Esslinger

Die jährliche Ehrung der bundesbesten IHK-Azubis fand zum 14. Mal vor Kurzem in Berlin statt. Eric Schweitzer (Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages) und Bundesbildungsministerin Anja Karliczek überreichten den Preisträgern Pokale und Urkunden. Auch Moritz Esslinger war mit dabei: Der gelernte Medienkaufmann Digital und Print (Fränkische Nachrichten) kommt aus Niederstetten und war bundesweit der beste Auszubildende in seinem Beruf! Gerne war ich gemeinsam mit FN-Geschäftsführer Michael Grethe vor Ort, um Moritz Esslinger zu seiner herausragenden Leistung herzlich zu gratulieren!



# Parlamentarischer Verteidigungsstaatssekretär Dr. Peter Tauber MdB zu Gast beim Transporthubschrauberregiment in Niederstetten



Der Parlamentarische Staatssekretär bei der Bundesministerin der Verteidigung, Dr. Peter Tauber MdB, war kürzlich auf meine Einladung hin zu Gast beim Transporthubschrauberregiment 30 in Niederstetten. Mit dabei: mein Bundestagskollege Alois Gerig, mein Landtagskollege Prof. Dr. Wolfgang Reinhart, die Niederstettener Bürgermeisterin Heike Naber und Bürgermeisterstellvertreter Georg Keim. An dem Besuch in der Hermann-Köhl-Kaserne nahmen auch die tauberfränkische Kommandeurin Dr. Stefanie Leenen sowie ein Kamerateam der Bundeswehr, das den Staatssekretär an diesem Tag begleitete, teil.

Nachdem man mit einem Lagevortrag zu Beginn theoretisch in die derzeit wichtigen Themen eingestiegen war, wurde es im Anschluss nahezu ausnahmslos praktisch. Oberst Peter Göhringer und sein Regiment hatten eine Tour zusammengestellt, die alle Aspekte der Fliegerei in Niederstetten präsentierte und bei allen Teilnehmern bleibende Eindrücke hinterließ.



Unter anderem wurden durch einen Piloten und seine Mannschaft zunächst verschiedene Spezifikationen des NH-90 erläutert. Hier ist neben dem Ausrüsten des Hubschraubers mit zusätzlichen Außentanks oder seitlich positionierten Maschinenkanonen seit Kurzem auch das Verladen eines Quads des Kommando Spezialkräfte (KSK) der Bundeswehr im oder angehängt unter dem Hubschrauber möglich. „Was das in der Praxis heißt“, sagte Oberst Göhringer, „sehen wir uns doch jetzt einmal an!“ – und umgehend erschienen zwei Maschinen am Horizont, die in niedriger Höhe über den Standort flogen, um anschließend zur Landung anzusetzen. „Ein Anflug von Spezialkräften des KSK, die hier aktuell im Umgang mit der Maschine trainiert werden“, verriet der Regimentskommandeur.

Die abgesetzten Infanteristen samt Quad nahmen nur kurz Formation auf dem Flugfeld ein, ehe die Maschinen zurückkehrten und die Einheit, zeitlich versetzt, um die Lage aus der Luft zu sichern, wieder aufnahmen. Die Anerkennung war den politischen Entscheidungsträgern anzusehen. „Der NH-90 ist voll arbeitsfähig, die Kinderkrankheiten vergangener Tage sind der Leistungsfähigkeit der Mannschaft und einem immer größeren Einsatzspektrum gewichen“, so Oberstleutnant Martin Heuwinkel.



Auch dem seit 2016 in Niederstetten beheimateten Search-and-Rescue (SAR) Kommando statteten wir einen Besuch ab. Zwei Bell UH-1D Maschinen stehen dort Tag und Nacht einsatzbereit, um bei Luftnotfällen die vermissten Flugzeuge, Hubschrauber, Segel- oder Gleitschirmflieger zu suchen und zu retten. Zum Abschluss standen dann ein Austausch mit verschiedenen Beteiligungsgremien des Standorts und den Söhnen an. Wir nahmen uns viel Zeit für die Anliegen der Truppe.

Bürgermeisterin Naber, die Peter Tauber das goldene Buch der Stadt für einen Eintrag vorlegte, hatte auch noch eine Flasche „Tauber-schwarz“ für den „schwarzen Tauber“ zu überreichen; dieser wiederum überreichte Erinnerungen an den Tag an das Regiment und dessen tauberfränkische Kommandeurin.



„Es war uns eine Freude, Sie hier bei uns zu haben!“, ließ Oberst Göhringer den Gast aus dem Bundesverteidigungsministerium wissen. Er habe ihm „das eine oder andere Anliegen mitgeteilt. Und das ist bei Ihnen in den besten Händen, da bin ich mir sicher.“ Und besagter Gast ließ ebenfalls keinen Zweifel an seiner Wertschätzung für die Truppe in Niederstetten: „Was hier geleistet wird, ist fantastisch! Ich bin stolz auf unsere Soldaten, auf die hohe Motivation, aber auch die fantastische Qualität von dem, was sie tun! Ich würde mir wünschen, dass dieses Bild auch in der Bevölkerung und in den Medien ankommt. Wen man kritisieren darf, das sind Minister und Staatssekretäre. Aber die Truppe verdient Respekt und Anerkennung!“, so Staatssekretär Tauber abschließend.

Im Anschluss ging es für Peter Tauber mit dem NH-90 weiter nach Ulm, wo ein Termin beim JSEC (Joint Support and Enabling Center) der NATO auf dem Programm stand.



# Für Sie engagiert – in Berlin und in der Region!



Der 12. Bericht der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung attestiert uns Fortschritte bei der Integration von Zuwanderern. Unsere Anstrengungen dürfen jedoch nicht nachlassen. Wir müssen insbesondere bei denen ansetzen, ohne die eine langfristige, erfolgreiche Integration nicht gelingen kann – nämlich bei Frauen und Kindern. Gerade bei ihnen werden sich Investitionen in Spracherwerb und Unterstützung beim Einstieg in den Arbeitsmarkt langfristig auszahlen.

Den Bericht der Integrationsbeauftragten sowie weiterführende Informationen finden Sie unter:

<https://www.integrationsbeauftragte.de/ib-de/service/daten-und-fakten/fakten/12-integrationsbericht>

Dem Thema „Was braucht es für eine gelingende Integration?“ stellte ich mich in einem Facebook-Live-Interview:

<https://de-de.facebook.com/cducsbundestagsfraktion/videos/vb.190784743602/598255614270805>

Kreisverband Tauberbischofsheim e.V.  
[www.drk-tbb.de](http://www.drk-tbb.de)



Kürzlich hatte ich die Möglichkeit, ein Informationsgespräch auf der Kreisgeschäftsstelle des DRK-Kreisverbandes Tauberbischofsheim zu führen. Manuela Grau, DRK-Kreisgeschäftsführerin, stellte das vielfältige Aufgabengebiet vor: „Neben Notfallrettung und Krankentransport sind wir auch im Katastrophenschutz tätig. Zudem ergänzen die ehrenamtlichen ‘Helfer vor Ort-Gruppen (HvO)’ die Arbeit des Rettungsdienstes.“

Besonders auf der Seele lag den Vertretern des Roten Kreuzes die Situation der ehrenamtlichen Einsatzkräfte der Hilfsorganisation. Anders als für ehrenamtliche Einsatzkräfte der Feuerwehren oder des THW gebe es für die Kameradinnen und Kameraden der Hilfsorganisation keine klaren gesetzlichen Vergütungs- und Ausfallsregelungen bei Einsätzen, berichtet Uwe Rennhofer, Bereichsleiter Ausbildung/Ehrenamt und Verbandsentwicklung. Ein weiteres Thema war die Rechtsunsicherheit für die Notfallsanitäterinnen und Notfallsanitäter bei der rettungsdienstlichen Versorgung von Patienten.



Über aktuelle Entwicklungen in der Hochschule für die Polizei in Wertheim informierte ich mich gemeinsam mit Vertretern des CDU-Stadtverbandes und der CDU-Gemeinderatsfraktion Wertheim.

Der Leiter des Institutsbereiches Ausbildung, Richard Zorn, gewährte gemeinsam mit seinen Referenten für Dienstleistungen, Angelika Stefan, sowie Planung und Organisation, Harald Kraft, Einblicke in den Ausbildungsbetrieb und die strukturelle Situation am Standort Wertheim. „Innerhalb kürzester Zeit haben wir in Wertheim tolle Rahmenbedingungen geschaffen, aktuell sind wir mit zehn Klassen komplett belegt“, so Zorn.

Insbesondere die Infrastruktur mit den Zweierzimmern inklusive eigener Nasszelle und Kühlschrank und der Betrieb einer der modernsten Schießanlagen Baden-Württembergs machten Wertheim auch in Zukunft zu einem Standort, der bei Belegschaft und Polizeischülern hohe Beliebtheitswerte verzeichnen kann.



Jahresabschlussumpfang der Stadt Kilsheim mit  
Bürgermeister Thomas Schreglmann und Weinkönigin Loretta Wolpert



Agentur für Arbeit in Tauberbischofsheim: Dialog mit  
Bürgermeisterin Anette Schmidt und Leiterin Karin Käppel



# So geht CDU: Wir entlasten Bürger und Unternehmen

**Wer fleißig ist, muss etwas davon haben. Wir entlasten Arbeitnehmer und Rentner, Unternehmer und Unternehmen.**

**Entlastung für Arbeitnehmer und Rentner:** Die arbeitende Mitte unserer Gesellschaft soll mehr Netto vom Brutto haben – auch nach dem Arbeits- und Berufsleben.

- Wir gleichen die kalte Progression aus. So bleiben Lohn- und Rentnerhöhungen zum Ausgleich der Inflation im Geldbeutel der Beschäftigten und Rentner.
- Der Solidaritätszuschlag entfällt ab 2021 für etwa 90 Prozent der Steuerzahler, weitere 6 Prozent werden anteilig entlastet.
- Arbeitgeber und Arbeitnehmer zahlen für gesetzliche Krankenversicherungen wieder je die Hälfte. Arbeitnehmer und Rentner sparen rund acht Milliarden Euro pro Jahr.
- Betriebsrentner werden bei den Sozialbeiträgen deutlich entlastet.
- Der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung wurde zum 1. Januar 2019 um 0,5 Prozentpunkte gesenkt. Von 2020 bis 2022 soll er auf 2,4 Prozent gesenkt werden.

**Entlastung und Förderung für Unternehmen:** Unsere Unternehmen brauchen gute Bedingungen, um im weltweiten Wettbewerb bestehen zu können. Dafür sorgen wir.

- Kommen neue bürokratische Regelungen, müssen andere weichen. So soll ein Mehr an Bürokratie verhindert werden. Wir bauen weiter Bürokratie ab.
- Für Forschung und Entwicklung sollen forschende Unternehmen künftig eine Zulage von bis zu 500.000 Euro pro Jahr erhalten können.

**Wir haben in der Koalition noch viel vor**

- Wir wollen eine Reform der Unternehmenssteuern – für gleiche Chancen weltweit.
- Antrags-, Planungs- und Genehmigungsverfahren sollen vermehrt online ablaufen.
- Wir wollen ein digitales Verwaltungsportal für Bürger und Unternehmen einführen.
- Mobiles Arbeiten wollen wir erleichtern – auch in tarifgebundenen Betrieben.

**Es geht um Deutschland. Als CDU arbeiten wir am Erfolg der Bundesregierung – im Interesse unseres Landes. Es gibt viel zu tun, wir packen an.**

CDU-Bundesgeschäftsstelle, Klingelhöferstraße 8, 10875 Berlin | [www.cdu.de/kontakt](http://www.cdu.de/kontakt) | Stand: 19. Dezember 2019

Foto: Christiane Lange

## IMPRESSUM

Dieser Newsletter ist ein Rundbrief von Nina Warken, MdB (CDU). Alle Beiträge und Fotos sind urheberrechtlich geschützt.  
Herausgeber: Nina Warken, MdB (verantw.), Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin. Telefon 030 / 227 78102.  
E-Mail: [nina.warken@bundestag.de](mailto:nina.warken@bundestag.de) / Internet: [www.nina-warken.de](http://www.nina-warken.de)

Bildnachweis: Foto Portrait Warken: Tobias Koch. Weitere Fotos: Ralph Kinzie, Patrick Krolla, Lukas Schäfer, Matthias Busse, Christiane Lange (Geldmünzen), Henrik Brökelmann (Reichstag) und Loretta Wolpert (Külsheim).

Texte: CDU Deutschlands, Ralph Kinzie, Matthias Busse und Patrick Krolla.

Redaktion / Gestaltung: Matthias Busse.



Weihnachtsfeier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion